

Von der Freundschaft
zu Frankreich hängt die
Rolle Deutschlands ab

Deutsche Außenpolitik – Déjà-vu?

Friedrich Thelen/Alexander Gauland

Zuweilen beleuchtet ein einziger Vorfall den Gesamtzustand politischer Verhältnisse besser als tausend tief schürfende Analysen. Ein solches Schlaglicht hat der aus Ost-Berlin stammende SPD-Bundestagspräsident Wolfgang Thierse geliefert, als er den Franzosen Ende Juni 2001 mit kühler Geste bedeutete, einer gemeinsamen Sitzung beider Parlamente, die der Präsident der französischen Nationalversammlung, Forni, vorgeschlagen hatte, bedürfe es nicht. Frühestens könnte ein solches Rencontre im Frühjahr 2003 stattfinden.

Nun ist die Verschiebung des Treffens politischer Zelebritäten kein Weltuntergang, und man würde im Regelfall auch zur Tagesordnung übergehen, wäre da nicht der Gestus der harschen Zurückweisung ein Gradmesser der schnell fortschreitenden Entfremdung zwischen Paris und Berlin. Unterbrochen wird der Alienationsprozess durch gelegentliche, fast trotzig klingende Bekundungen wie die des Bundeskanzlers beim deutsch-französischen Gipfeltreffen am 12. Mai dieses Jahres in Freiburg, als Gerhard Schröder erklärte: „Wir lassen uns nicht gegeneinander ausspielen.“ Welche Verkennung der Situation. Keine andere europäische Nation könnte dies – sollte sie es denn wollen –, und die Amerikaner denken nicht einmal daran.

Vielmehr sind es die Deutschen selbst, die den von angeblichen bösen Dritten besorgten Entfremdungsprozess vorantreiben. Den Regierenden in Berlin, aber auch manchen von Helmut Kohls Nach-

folgern in der CDU ist offensichtlich die Einsicht abhanden gekommen, dass die deutsch-französische Achse eine Verbindung ist, von der sicherlich auch Frankreich profitiert, deren hauptsächlichlicher Nutznießer aber Deutschland war und ist. Kurz: Wenn die Franzosen aus dem deutsch-französischen Bett aufstehen, sind sie immer noch die Franzosen. Sollten die Deutschen ein Gleiches tun, sind sie nur noch die Deutschen. Das enge Bündnis mit Frankreich hat für die Bundesrepublik eine durch nichts zu ersetzende politisch-moralische Schutzfunktion gegenüber den durch die Geschichte begründeten Besorgnissen der anderen Europäer, die allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz mit der Wiedervereinigung keinesfalls verschwunden sind. Denn jetzt bietet das wieder vereinigte Deutschland eine Wirtschaftskraft auf, die fast derjenigen von Großbritannien und Frankreich zusammen gleichkommt.

Natürlich weiß Paris um diesen Effekt, und natürlich ist diese moralische Protektion, die allen anderen Europäern signalisiert, solange wir mit Berlin eng verbunden sind, droht euch nicht einmal der Schatten größerer Gefahren, nicht umsonst zu haben. Und selbstverständlich gehen die Franzosen mit ihren permanenten Versuchen, den Preis für ihre Unbedenklichkeitsbescheinigung auf den verschiedensten Ebenen anzuheben, den Deutschen gepflegt auf die Nerven. Aber glaubt denn irgendjemand, im Umgang der Nationen miteinander gäbe es die von

Margaret Thatcher immer bestrittenen Free Lunches?

Als unser Außenminister vor etlichen Jahren sein erstes außenpolitisches Buch vorstellte, verkündete er mit großem Pathos Einsichten als Weisheiten, die sich die Historiker an den Schuhsohlen abgelaufen haben: Deutschland ist ohne europäische Einhegung für das europäische Wohlbefinden zu groß und als Hegemonialmacht zu klein. Und nur die Einbindung erspart uns die Wiederkehr der Konstellationen von 1914 und 1939 mit allen Folgen.

Teutonische Selbstvergewisserung

Wie wenig die derzeit regierende deutsche Mannschaft dieses Grund-Axiom nationaler politischer Existenz begriffen hat, belegen die Nizza-Debatte und der Streit über Außenminister Josef Fischers Humboldt-Rede sowie die Repliken von Premierminister Lionel Jospin. Welcher Teufel muss die deutsche Außenpolitik geritten haben, sich in eine höchst unerfreuliche und am Ende zu nichts führende Diskussion über die Gewichte ihrer Stimmen im vergrößerten Europa einzulassen. Jetzt bieten die Deutschen viele Millionen mehr Bewohner auf als Frankreich und England und dringen beckenmessersch auf den peniblen Ausgleich durch mehr europäisches Stimmgewicht.

Dabei hätte die Gelassenheit der gewachsenen eigenen Bedeutung eine bescheiden-selbstbewusste Nation doch leicht dazu bewegen können, von vornherein gesichtswahrende Lösungen zu akzeptieren, die das durch die Wiedervereinigung beschädigte Selbstbewusstsein Frankreichs besänftigt hätten. Es gab und gibt keinen vernünftigen Grund, Paris zu zwingen, von der Symbolik der Parität Abschied zu nehmen. Das Gewicht der Macht hatten die Berliner eh, oder fürchteten sie gar, die kleineren europäischen Nationen würden sich in einem Interessenkonflikt zusammentun, um Deutschland zu über-

stimmen? Doch wohl kaum. Es war eben nur eine neue Demonstration teutonischer Selbstvergewisserung, die letztlich Stärke eben nicht aus gelassenem Selbstbewusstsein zieht. Dabei wissen wir seit 1648, dass immer dann, wenn die kontinentaleuropäische Führungsmacht auf diese Führung laut pocht, sich die anderen zur Abwehr der für sie darin liegenden Zumutung zusammenschließen.

Das gleiche Verhaltensmuster treffen wir in der europäischen Reformdebatte wieder. Wann hat es das schon einmal gegeben, dass ein französischer Premierminister – wie jüngst im Mai 2001 geschehen – die politischen Vorstellungen des deutschen Außenministers über die europäische Zukunft auf offener Bühne zurückweist? Dabei ging es weniger um die Frage, ob man mit dem Ausbau der Strukturen der europäischen Integration oder einer Erweiterung ihrer Inhalte fortfahren sollte. Es drehte sich auch nicht um die von Großbritannien genüsslich als Streit zwischen Föderalisten und Vertretern der Union der Vaterländer hochgespielte Divergenz. Im Grunde ging und geht es immer um die Frage, ob sich das neue Deutschland als Präzeptor Europas fühlen und aufführen sollte. Es ist wohl nicht übertrieben zu vermuten, dass Jospin gegebenenfalls auch die diametral entgegengesetzte Position eingenommen hätte. Dass die innerfranzösischen Hahnenkämpfe zwischen dem neo-gaullistischen Präsidenten Jaques Chirac und dem sozialistischen Premier Lionel Jospin im Jahr der Präsidentenwahl dabei sicherlich mitspielen, muss der Fairness halber angemerkt werden.

Indes, bei diesem Streit ist Form fast alles, Substanz beinahe nichts. Wer hat dem deutschen Außenminister im Jahr 2000 zu seiner Humboldt-Rede geraten? Wenn man Sorge um den europäischen Einigungsprozess hat – und das wird man dem einstigen Internationalisten Fischer nicht bestreiten wollen –, dann kann und

sollte ein solcher Appell nicht aus Berlin kommen – am besten trägt dies eine andere Nation sozusagen über Bande vor.

„Manchmal will es mir scheinen, als seien tausend Jahre Frankreich nur wie ein Tag, ein Gerichtstag über Deutschland. Ja, der Jammer unserer Erbfeindschaft gipfelte immer wieder darin, dass seit einigen Menschenaltern jedes Urteil, mit dem Frankreich sich betätigte, eine Verurteilung Deutschlands wurde, die durch den Ausgang des Weltkrieges verewigt schien. Alles, was die Erbin Roms im Laufe ihres ruhmvollen Daseins an Erschütterungen, Gefährdungen und Zweifeln erfahren hat, fasste sie schließlich in dem einen Wort zusammen: Deutschland. Von dort kamen der Protestantismus und der kategorische Imperativ, von dort die Hegelsche Philosophie, von dort die Musik, von dort der blonde Aufmarsch junger Barbaren, von dort endlich die Armeen, die dreimal in einem Jahrhundert die Gärten, Äcker und Weinberge des süßen Frankreich überfluteten. Was Wunder, dass schließlich alles der französischen Selbstauffassung Entgegengesetzte als deutsch empfunden wurde?“

Diese Sätze stammen von Friedrich Sieburg, dem wohl bedeutendsten Frankreich-Kenner Deutschlands. Erst die französischen Europäer holten das Land aus der Defensive des Schwächeren, des Unterlegenen, dessen, der zwanzig Millionen Einwohner zu wenig hat. Haben wir das alles schon vergessen?

Ende der Entgegensetzung

Noch ist das vom einstigen französischen Präsidenten Valéry Giscard d'Estaing unlängst beschworene „Ende der Epoche der außergewöhnlichen Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich“ nicht eingetreten. Indes in der Tendenz hat er nicht Unrecht, dass es zurzeit „keine Übereinstimmung zwischen den europäischen Projekten Frankreichs und Deutschland gibt“. Und dies unterschei-

det die derzeitigen Dissonanzen fundamental von allen früheren Auseinandersetzungen, die ja öffentlich europaweit zu besichtigen waren. Diese haben alle Bundeskanzler von Konrad Adenauer über Ludwig Erhard bis zu Willy Brandt, Helmut Schmidt und Helmut Kohl mit ihren französischen Gegenübern immer wieder erleben dürfen wie erleiden müssen.

Der grundsätzliche Unterschied liegt in einer neuen Wahrnehmung der deutschen Interessen durch Paris nach der Wiedervereinigung und in einem grundsätzlich veränderten Gestus der deutschen Haltung gegenüber Europa nach dem Amtsantritt der rot-grünen Bundesregierung im Jahr 1998. Selbst führende Sozialdemokraten machen unter der Hand keinen Hehl daraus, dass der europäische Impetus, und der ging in der Vergangenheit fast immer von Deutschland aus, verloren gegangen ist. Zur Illumination mag ein Bericht der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* vom 11. Mai 2001 dienen, in welchem es hieß, man versuche „so viel deutsch-französisches Porzellan zu retten, wie mit Schröder möglich ist“. Und kühl konstatierten die europäischen Zeitungen nach dem missglückten europäischen Gipfel in Nizza im Dezember 2000, Deutschland und Frankreich hätten sich noch weiter voneinander entfernt.

Die „Zentralmacht“

Der daraus resultierende Stillstand ist für die Europäische Union bedauerlich, für das deutsch-französische Verhältnis schädlich und für Deutschland höchst gefährlich. Denn nach der tektonischen Verschiebung durch die Wiedervereinigung hat sich die innere Machtbalance Europas fundamental verschoben. Auf einmal steht die mit 82 Millionen Einwohnern alle anderen Nationen überragende, wieder erstandene deutsche „Zentralmacht“ in der Mitte kleiner gewordener Nachbarn. Diese Disparität war für die anderen Nationen nur deswegen erträglich, weil der

Fortgang des europäischen Integrationsprozesses eine Gegenwart und Zukunft signalisierte, in der die individuelle Größe und Macht der Nationalstaaten ihre Bedrohlichkeit zu verlieren versprach. Auch wenn der deutsche Bundeskanzler nicht weiß, was 1870/71 war, die Europäer haben noch immer den Satz Disraelis im Ohr: Die durch Bismarck erstmals erreichte deutsche Einigung sei die größte Revolution im neunzehnten Jahrhundert. Wenn wir nicht die alten Reaktionen der Eindämmung Deutschlands auslösen wollen, müssen wir die westeuropäische Integration unumkehrbar machen.

Hinter dieser Bewegung, die zuweilen eine Flucht nach Europa war, standen immer die Angst und das Verdrängen der eigenen unheilvollen Geschichte des zwanzigsten Jahrhunderts. Dass die anderen europäischen Nationen, vornehmlich Großbritannien und Frankreich, durch die Bewegung auf Europa zu die Chancen größerer Machprojektionen ihrer schwächer werdenden Länder und eine möglichst enge Einbindung der Deutschen in ein von Paris und London dominiertes Machtgewebe bezweckten, war bekannt, störte aber die Bundesrepublik wenig. Denn Lord Ismays flapsige Bemerkung, die NATO sei dazu da, die Amerikaner drinnen, die Russen draußen und die Deutschen unten zu halten, also Sicherheit vor ihnen gemeinsam mit ihnen zu schaffen, galt immer auch für das neue Europa. In Bonn setzte man dagegen unverdrossen auf das Prinzip Hoffnung, nach welcher Überzeugung der europäische Schwung, sozusagen als dialektisches Prinzip, nach vielen formalen Integrationsschritten irgendwann eine qualitative Veränderung Europas eben auch politisch-psychologisch herbeiführen werde.

Freihandelszone de luxe?

Inzwischen hat sich die europäische Szenerie grundlegend verändert. Ob der Na-

tionalismus der Nachbarn erstarkt ist, wie manche dies sehen, die das Gleiche auch für die deutschen Landsleute wünschen, mag dahinstehen. Wichtig ist, dass die europäische Integration inzwischen eine völlig neue Aufgabe übernehmen muss. Denn wenn der europäische Motor ins Stottern gerät, die politische Integration als Vision verloren geht und Europa als Freihandelszone de luxe stagniert, steht das wieder vereinigte Deutschland ohne die Absorption seiner Macht durch die europäischen Institutionen nackt da. Nicht wenige Beobachter glauben, dass es in der politischen Klasse Großbritanniens eine erhebliche Anzahl durchaus ernst zu nehmender Personen gibt, denen eine solche Entwicklung nicht unrecht wäre.

Denn dann ließe sich das heute schon existierende, sehr enge bilaterale Geflecht zwischen London und Madrid, Rom, Den Haag, Brüssel sowie den meisten skandinavischen Ländern im Sinne der Einhegung des zu groß gewordenen deutschen EU-Partners legitimerweise voll einsetzen. Einkreisungspolitik nannte Reichskanzler Bülow das im Jahre 1907. In der Welt moderner Investmentfonds nennt man eine solche Politik *Hedging*.

Alte deutsche Frage

Plötzlich, als würde ein Vorhang vor der politischen Bühne hochgezogen, erscheinen die historischen Linien europäischer Politik, taucht die alte deutsche Frage wieder auf und zeichnen sich mögliche Allianzen am Horizont ab, die alle Welt für endgültig vergangen hielt. Bei einem Vortrag vor dreißig Führungskräften eines Medienkonzerns qualifizierte der Redner den Aggregatzustand der gegenwärtigen auswärtigen Politik als vergleichbar mit jenem Wendejahr 1913, als die Isolation des damaligen Deutschen Reiches in ihren Endzustand rutschte – und alle Anwesenden akzeptieren *grosso modo* diese Analyse.

Solche Töne schlägt die von der Kette gelassene britische Boulevardpresse schon seit einigen Jahren an, worauf das deutsche Publikum bisher nur mit Achselzucken reagiert hat. Allerdings beginnt die kritischere Betrachtung der deutschen Politik durch kaum sichtbare Haarrisse in ernsthaftere britische Medien-Organen einzudringen. So gibt es wachsende Irritation über die offensichtliche Vernachlässigung, die Bundeskanzler Gerhard Schröder den eh schon stark geschrumpften deutschen Streitkräften angedeihen lässt. Denn der drohende Verlust der Bündnisfähigkeit, weil die unterfinanzierte und demotivierte Armee bald selbst für Peacekeeping-Operationen nach UNO-Muster nicht mehr einsetzbar sein wird, stärkt nicht etwa das Vertrauen, sondern weckt Besorgnisse.

Eine ähnliche Reaktion provoziert die Möglichkeit, dass unter Mitwirkung der SPD ein demokratischer Berliner Bürgermeister gestürzt wurde und stattdessen die einstigen Kommunisten in die Regierung gebracht werden, die vierzig Jahre lang die Stadt belagert haben. Argumente wie, auch Rom habe schon einen Post-Kommunisten zum Stadt-Chef gekürt, gelten da nicht – die italienischen Verhältnisse sind mit den deutschen nicht zu vergleichen.

So richtig mühsam wird die Diskussion um Deutschlands Zukunft, wenn Außenminister Fischer geopolitisch über das *Great Game* – über Öl und Macht in Mittel-Asien – fabuliert. Weil, so der Minister beschwichtigend, diese Krisen-Region wegen der geografischen Abwesenheit Amerikas die Europäer direkt beträfe. Da fühlen sich manche Europäer an die Feststellung Bismarcks aus den achtziger Jahren des neunzehnten Jahrhunderts erinnert: „Ich habe Deutschland aufs Pferd gesetzt, reiten müssen die Deutschen schon selbst.“

Doch „Weltpolitik“ ersetzt weder eine definierte Staatsräson noch die Einsicht in

die Staatsräson der anderen. Die außenpolitische Schwäche der deutschen Eliten wurde nirgends deutlicher als in dem verätherischen Satz von Bethmann-Hollweg, als er nach dem Auslaufen des britischen Ultimatums zur Räumung Belgiens das letzte Mal den britischen Botschafter sah: „Und wegen eines solchen Fetzens Papier (die belgische Neutralität) stürzen wir Europa in einen Krieg.“

Nun lässt sich gerechterweise als Entschuldigung anführen, dass die Deutschen vierzig Jahre lang keine Erfahrung auf dem Felde der Außenpolitik haben sammeln können. Schließlich trafen die Weltmächte in Ost und West für ihre jeweiligen Deutschen die Entscheidungen. Nun müssen die wieder vereinigten Deutschen aus der Nische der Unmündigkeit heraus, um verantwortlich für sich zu entscheiden. Doch gerade darum ist die europäische Integration oder zumindest der Ausbau der Achse Berlin–Paris ein Muss. Manchmal fragt man sich allerdings, ob die Berliner Lehrlinge das auch wissen.

Historisches Gedächtnis

Denn allzu häufig lassen sie erkennen, dass sie sich der prekären außenpolitischen Lage Deutschlands nicht bewusst sind. Im Gegensatz zur inzwischen hier zu Lande gepflegten Überzeugung ist die Tatsache, dass Deutschland nunmehr eine alle anderen EU-Partner überragende Macht ist, noch nicht eine allgemein akzeptierte, natürliche Gegebenheit. Denn das historische Gedächtnis unserer Nachbarn – und hier besonders der Engländer und Franzosen – reicht viel weiter zurück. Für sie war der Erste Weltkrieg der „Große Krieg“ und Hitler nicht der große Zivilisationsbruch, den er für uns bedeutet, sondern die Fortsetzung einer unheilvollen Traditionslinie. Natürlich wird dies niemand öffentlich äußern – aber das ist bekanntlich in der Welt diplomatischer Formulierungen kein Beweis des Gegenteils.

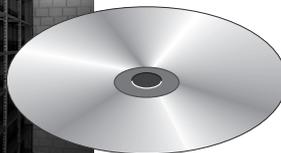
Hinzu kommt eine in ihren Einzelschritten kaum wahrnehmbare, in der Gesamtwirkung jedoch signifikante Änderung in der Tonlage deutscher Politik. Es wird härter und vor allem mit weniger Zurückhaltung als früher argumentiert. Wenn der deutsche Finanzminister steuerlich die Insel Jersey besetzt und der Kanzler die deutschen EU-Beiträge zum Dreh- und Angelpunkt unserer zukünftigen Europapolitik macht, bleiben die zu erwartenden Reaktionen nicht aus. Auch durchaus deutsch-freundliche Beobachter führen das nicht zuletzt auf die Verlagerung der Hauptstadt aus dem westlichen Bonn in das östliche Berlin zurück. Die Politik zieht in historische Immobilien, die eine geschichtliche Kontinuität vortäuschen, doch leider gilt sie nicht dem Schinkel-Preußen mit seiner klassizistisch-sparsamen Ästhetik, sondern eher dem Neobarock von Reichstag und Dom, dem baulichen Ausdruck von Weltmachtanspruch und der „Hoppla, jetzt komm ich“-Mentalität. Stil war nicht des letzten Kaisers starke Seite, und er ist offensichtlich auch nicht die stärkste des Bundeskanzlers.

Im Westen angelangt?

Der Gestus der Berliner Republik läuft Gefahr, latent immer vorhandene Befürchtungen neu zu bestätigen, dass der Umzug von Bonn nach Berlin die Abkehr von vierzig Jahren deutscher Nachkriegsgeschichte bedeuten könnte. In den Jahren nach 1949 waren die Deutschen, so be-

hauptet es Heinrich August Winkler zu Recht, in ihrer geschichtlichen Entwicklung zum ersten Mal tatsächlich im Westen angekommen. Im Westen, das hieß, sie hatten sich dem Nexus jener Zivilisationen angeschlossen, für die Aufklärung und Französische Revolution philosophische und ethische Staatsgrundlagen waren. Die geistige und geografische Mittlerrolle zwischen Ost und West, über Jahrhunderte hinweg immer *Causa* neuer Konflikte, sollte damit für immer der Vergangenheit angehören. Nun gibt es Stimmen, und das sind nicht etwa die rheinischer Separatisten, wie kämpferische Berliner sie leichtfertig schmähen, die in der Entscheidung für Berlin eine Reversion dieses für die Deutschen und Europa so heils- und friedensstiftenden Prozesses sehen.

Wenn Winkler Unrecht haben sollte und Deutschland doch nicht im Westen angelangt ist, stehen dem alten Kontinent unruhige Zeiten bevor. Allerdings mit unerfreulichen Aussichten, vor allem für die Deutschen. Denn nicht kriegerische Konflikte, darüber sind sich alle Nachbarn und alle sonstigen außenpolitischen Mitspieler Deutschlands völlig einig, drohen, sondern es droht die Marginalisierung Deutschlands. Und hier liegt die Gefahr der neuen unverkrampften Geschichtslosigkeit. Sie agiert im luftleeren Raum; sie berücksichtigt nicht den Seelenzustand der anderen und möchte einen Zustand herbeizwingen, den die Geschichte vielleicht unseren Enkeln oder Urenkeln gewährt.



Sie wollen endlich Platz schaffen
und teuren Raum besser nutzen?
Ihr Papierarchiv auf CD-ROM

Wir erstellen Ihnen gern ein bedarfsgerechtes Angebot!

Büro **Express Service** in Bonn
Tel: (0228) 9 18 18 64 – Fax: 9 18 18 65